

Niederschrift

**über die 24. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 27.11.2024 um 18:50 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Peter Groß	CDU	
Herr Ramon Kimmel	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	Vertretung für Frau Schlottmann
Herr Kevin Schneider	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Kevin Buchner	SPD	
Frau Hannah Hammer	SPD	
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Toska
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Frau Reimann
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Gramminger	FDP	
Herr Marlon Buchholz	AfD	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Amtsleiter Bürgermeisterbüro
Frau Christine Kaiser	Beratungs- und Prüfungsamt
Frau Anke Maurer	Stadt Hilden
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Frau Carolin Siepmann	Digitalisierungs- beauftragte
Herr Martin Wiedersprecher	Kämmerer

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 20-25 SV 12/054
- 3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr
WP 20-25 SV II/017
- 4 Anregungen und Beschwerden
- 4.1 Bürgerantrag gem. §24 GO "Zufahrt Schwanenstraße"
WP 20-25 SV 66/125
- 5 Änderung Dienstleistungsvertrag Sportbüro der SHB / Stadtverwaltung Hilden
WP 20-25 SV 40/052
- 6 Haushalt
- 6.1 Antrag Nr. 2025_02 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Kürzung Stelle Sozialarbeit Asyl
WP 20-25 SV 51/292
- 6.2 Antrag Nr. 2025_09 - Bündnis 90_Die Grünen - Einstellung Energiemanager*in
WP 20-25 SV 26/066
- 6.3 Antrag Nr. 2025_15-Bündnis90/Die Grünen-Kulturelle Veranstaltungen und Stellenanteile
WP 20-25 SV 41/098
- 6.4 Antrag Nr. 2025_17-SPD-Beibehaltung Gelder Gleichstellungsbeauftragte
WP 20-25 SV GL/005
- 6.5 Antrag Nr. 2025_21 - AfD - Mitgliedschaft kom. Arbeitgeberverband
WP 20-25 SV 10/066
- 6.6 Antrag Nr. 2025_23 - AfD - Personalabbau
WP 20-25 SV 12/055
- 6.7 Antrag Nr. 2025_30 - Bündnis 90/Die Grünen - Auslass Parktickets
WP 20-25 SV 01/198

- 6.8 Antrag Nr. 2025_32 - Bündnis 90/Die Grünen - Gebühren Umwandlung Lebenspartnerschaft
WP 20-25 SV 32/034
- 6.9 Antrag Nr. 2025_35 - Bündnis 90/Die Grünen - Parkraumüberwachung
WP 20-25 SV 32/033
- 6.10 Antrag Nr. 2025_41 - FDP - Eruiierung von Kreisaufgaben
WP 20-25 SV 12/056
- 6.11 Antrag Nr. 2025_42 - FDP - Gewerbeflächen
WP 20-25 SV 80/032
- 6.12 Antrag Nr. 2025_43 FDP Fraktion: Einstellung des Betriebs der Ortsbuslinie O3
WP 20-25 SV 61/195
- 6.13 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2025
WP 20-25 SV 12/052/1
- 6.14 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2025: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Hauptausschuss
WP 20-25 SV 20/213
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 8.1 Antrag CDU: Streichung kw-Vermerke Stellen Digitalisierung
- 8.2 Antrag CDU: Zwei zusätzliche Stellen KOD
- 8.3 Anfrage BA Fraktion: Fahrbahnschwelle auf der Forststraße

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Änderungen zur Tagesordnung vor.

Einwohnerfragestunde

Frau G. aus Hilden erkundigte sich zum Starkregenmanagement in der Stadt Hilden und fragte, ob es vonseiten der Stadt Handlungsempfehlungen gibt und betonte, dass Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld informiert werden sollten, anstatt erst im Notfall handeln zu müssen. Sie äußerte, dass sie in einer akuten Situation nicht erst online nach Informationen suchen wolle. Zudem fragte sie, ob die Stadt Hilden plant, Informationsmaterialien, wie Flyer oder Infostände, bereitzustellen, um Handlungsempfehlungen im Voraus zu kommunizieren.

Beigeordneter Stuhlträger erläuterte, dass der Kreis Mettmann die zuständige Katastrophenschutzbehörde sei. Für die Stadt gebe es eine Starkregenkarte, die auch der Feuerwehr bekannt sei.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung	WP 20-25 SV
	12/054

Rm K. Buchner/SPD äußerte sich unzufrieden mit der digitalen Agenda, da das Gefühl bestehe, dass die Stadt Vorhaben mittel- und langfristig zu häufig aufschiebe, da der Aufwand für größere Aufgaben als zu hoch eingeschätzt werde. Er nehme den Sachstand zur Kenntnis aber kündigte für die SPD-Fraktion an, Anträge zur Nachsteuerung stellen zu wollen.

Rm Groß/CDU betonte, dass Maßnahmen nicht durch Einsparungen im Haushalt ausgebremst werden dürfen. Prozesse in der Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung werden durch externe Einflüsse beeinflusst und wenn mehr erreicht werden soll, wäre mehr Personal erforderlich. Für die aktuelle Anzahl an Mitarbeitenden in dem Bereich beurteilte er den Sachstand jedoch als angemessen und bat wie bisher fortzufahren.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

Der Hauptausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anregungen und Beschwerden

4.1 Bürgerantrag gem. §24 GO "Zufahrt Schwanenstraße"

WP 20-25 SV
66/125

Rm Groß/CDU betonte, dass die CDU-Fraktion lediglich einen Prüfantrag gestellt habe und keinen Antrag auf den Einbau eines Pollers. Die Fraktion habe versucht, mit den Beschwerdeführenden ins Gespräch zu kommen, was jedoch leider nicht gelungen sei.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

5 Änderung Dienstleistungsvertrag Sportbüro der SHB / Stadtverwaltung Hilden

WP 20-25 SV
40/052

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt nach Vorberatung im Schul- und Sportausschuss dem Dienstleistungsvertrag „Sportbüro SHB / Stadtverwaltung Hilden“ zu und ermächtigt den Bürgermeister zur Verlängerung des beigefügten Vertrags nebst Anlagen mit der Stadt Hilden Beteiligungsgesellschaft mbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Haushalt

6.1 Antrag Nr. 2025_02 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kürzung Stelle Sozialarbeit Asyl

WP 20-25 SV
51/292

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass die Fraktion keine Kürzung von Stellen im Bereich der Sozialarbeit für Asylsuchende möchte und auch keine Stelle für das „Auszugsmanagement“ abgezogen werden sollte. Angesichts der häufigen Neueinzüge seien die Mitarbeitenden stark gefordert, und das vorhandene Personal mit den fünf Stellen werde weiterhin benötigt.

Rm Groß/CDU betonte, dass sich die CDU-Fraktion der Meinung der Verwaltung anschließen werde. Sollte der Fachbereich basierend auf seiner Erfahrung mitteilen, dass eine Stellenkürzung umsetzbar sei, werde dies akzeptiert. Auch Rm Gramminger/FDP schloss sich der Meinung der Verwaltung an, auch da es keinen Vorschlag für eine Gegenfinanzierung des Haushaltsantrages gebe.

Erster Beigeordneter Eichner wies nochmals darauf hin, dass zwischen der Beibehaltung der fünf Sozialarbeiterstellen, auf die sich dieser Antrag bezieht, und der Stelle für das Auszugsmanagement gedanklich unterschieden werden müsse und keine Vermischung erfolgen dürfe. Sollte für die Umsetzung des Auszugsmanagements zusätzliches Personal benötigt werden, finden bereits Gespräche mit dem Personalbereich statt, um dies durch Überhangsstellen zu lösen.

Antragstext:

Die Kürzung einer Sozialarbeiter*innenstelle wird zurückgenommen. Für Dienstfahrten stehen weiterhin 893 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der SPD, 3 Ja-Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen sowie 1 Ja-Stimme der BA.

6.2 Antrag Nr. 2025_09 - Bündnis 90_Die Grünen - Einstellung Energiemanager*in

WP 20-25 SV
26/066

Rm Gramminger/FDP wies darauf hin, dass ein Ratsbeschluss bestehe, der die Einstellung eines Energiemanagers an die Entscheidung über den Förderantrag knüpfe. Auch Rm Kimmel/CDU schloss sich an, dass eine Einstellung nur, wie mit Ratsbeschluss festgelegt, bei positivem Förderbescheid umgesetzt werden sollte und betonte weiter, dass bei zusätzlichen Energiemaßnahmen auch weitere zusätzliche Kosten entstehen werden.

Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen argumentierte, dass die Personalkosten für diese Stelle durch Einsparungseffekte, die durch diese Tätigkeit erzielt würden, ausgeglichen werden könnten und forderte, die Einstellung nicht weiter hinauszuzögern, da ein Energiemanager auch für den Ausbau von Photovoltaikanlagen benötigt werde.

Rm Reffgen/BA sprach sich ebenfalls für die Einstellung eines Energiemanagers aus, da die Stelle ein weites Aufgabenfeld habe und sich amortisieren könne.

Rm Buchholz/AfD erkundigte sich, ob vergleichbare Positionen in anderen Städten des Kreises Mettmann existieren und wie erfolgreich diese seien.

Beigeordneter Stuhlträger warb für die sofortige Einstellung eines Energiemanagers, da die Stelle dringend benötigt werde, um unter anderem das Verhalten der Nutzer städtischer Gebäude zu analysieren, technische Unterstützung zu bieten sowie Maßnahmenkonzepte zu entwickeln. Er wies darauf hin, dass die Stadt Hilden verpflichtet sei, ihre Gebäude bis 2045 zu dekarbonisieren, und dass ein Energiemanager notwendig sei, um dies zu dokumentieren und ein Managementsystem aufzubauen. Er merkte an, dass die Förderbewilligung trotz eines gut begründeten Antrags seit zwei Jahren ausstehe und bezweifelte, dass die Bewilligung aufgrund des aktuellen Bundeshaushaltes zeitnah erfolge. Weiter erklärte er, dass viele andere Städte im Kreis ein Energiemanagement betreiben würden und wies darauf hin, dass die finanziellen Einsparungen erst ab 2028 sichtbar würden, da diese mit zeitlichem Verzug einträten.

Antragstext:

Einstellung einer/s Energiemanagerin/s

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 8 Nein-Stimmen von der CDU, FDP und AfD.

6.3 Antrag Nr. 2025_15-Bündnis90/Die Grünen-Kulturelle Veranstaltungen und Stellenanteile

WP 20-25 SV
41/098

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Antragstext:

Für kulturelle Veranstaltungen werden zusätzlich 80 Tsd. € bereitgestellt. Damit sollen Veranstaltungen und Ausstellungen finanziert werden, die sich wirtschaftlich nicht tragen. Die städt. Galerie im Bürgerhaus und der Kunstraum im Gewerbepark-Süd werden weiterhin für Ausstellungen/Veranstaltungen genutzt.

Ausreichende Stellenanteile sollen vorgehalten werden, die die Ausrichtung und Bewerbung von Veranstaltungen in städt. Regie ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

6.4 Antrag Nr. 2025_17-SPD-Beibehaltung Gelder Gleichstellungsbeauftragte

WP 20-25 SV
GL/005

Rm K. Buchner/SPD begründete den Antrag damit, dass im letzten Jahr beschlossen worden sei, die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten aufzustocken. Aktuell müsse noch eine klare Ausrichtung gefunden werden. Es sei der SPD-Fraktion daher wichtig, das Budget für die Ausgestaltung der Aufgaben beizubehalten und im kommenden Jahr einen Bericht dazu zu erhalten. Daher spreche sich die Fraktion gegen eine Kürzung des Budgets aus.

Antragstext:

Die Einsparung im Produkt 010301, Gleichstellung von 1.500 € ist zurückzunehmen
Die Gleichstellungsbeauftragte ist aufgefordert Zahlen mit Maßnahmenvorschlägen zu folgenden Themenschwerpunkten abzugeben:

- Gewalt gegen Frauen (nach der Corona-Epidemie, auch in Hildener Flüchtlingsunterkünften)
- Frauen in Wohnungsnot in Hilden
- Frauen in Altersarmut

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der SPD und 3 Ja-Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen.

6.5 Antrag Nr. 2025_21 - AfD - Mitgliedschaft kom. Arbeitgeberverband

WP 20-25 SV
10/066

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen:

Die Stadt Hilden beendet zeitnah ihre Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme der AfD-Fraktion.

6.6 Antrag Nr. 2025_23 - AfD - Personalabbau

WP 20-25 SV
12/055

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Beratung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen: Die Stadt Hilden beschließt, den von der ehemaligen Stadtkämmerin 2021 für 2024 angedachten Personalabbau konsequent um- bzw. fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme der AfD-Fraktion.

6.7 Antrag Nr. 2025_30 - Bündnis 90/Die Grünen - Auslass Parktickets

WP 20-25 SV
01/198

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass im Nachgang zur Zustellung der Sitzungsvorlage die Rechtslage nochmals geprüft worden sei. Dabei habe sich ergeben, dass ein gesetzlicher Anspruch auf Erstattung der Parkkosten für die Mandatsträger bestehe.

Rm Buchholz/AfD und Rm Reffgen/BA erkundigten sich, warum dennoch keine Erstattung der Parktickets für die Ratssitzungen in der Stadthalle erfolge. Herr Becker, Leiter des Bürgermeisteramtes, erinnerte daran, dass die Ratsmitglieder sich darauf geeinigt hätten, auf eine Erstattung zu verzichten, da es keine Sonderkonditionen für das Parkhaus der Stadthalle gebe.

Daraufhin zog Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen den Haushaltsantrag aufgrund der rechtlichen Vorgaben zurück, appellierte jedoch gleichzeitig an die Ratsmitglieder, im Sinne der Sparsamkeit und des Klimaschutzes zukünftig freiwillig auf die Erstattung zu verzichten.

Antragstext:

Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger*innen erhalten keine kostenlosen Parktickets (Auslasstickets) für Rat und Ausschüsse mehr.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen zitierte aus einem Schreiben des Innenministers Herrn Reul zu diesem Thema. Zudem fragte sie, welche Gebühren bislang für die Umwandlung der Lebenspartnerschaft erhoben worden seien und auf Grundlage welcher Satzung dies erfolgt sei.

Bürgermeister Dr. Pommer sicherte zu, dass die Verwaltung die Frage im Nachgang schriftlich beantworten werde.

Antragstext:

Gebührenfreiheit für die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der SPD, 3 Ja-Stimmen der Grünen und 1 Enthaltung der BA.

Rm Kehmeier/Bündnis 90/Die Grünen forderte die Überwachung des Parkraums am Abend und am Wochenende zu steigern, um die Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Sollte zunächst eine Konzeptionierung erforderlich sein, seien sie bereit, später erneut einen Antrag zu stellen, jedoch erachteten sie zusätzliche Stellen aktuell nicht als notwendig, da nur der Dienstplan umorganisiert werden sollte.

Rm K. Buchner/SPD erklärte, dass er eine Personalaufstockung im Ordnungsamt für nicht notwendig halte, jedoch der Ruf des Ordnungsamtes verbessert werden müsse. Die Bürger*innen wissen mittlerweile, um welche Uhrzeiten in Hilden die Kontrollen stattfinden und dies führe dazu, dass in den Abendstunden vermehrt falsch geparkt werde. Er regte daher eine Parkraumüberwachung mit „Überraschungseffekt“ an, auch wenn sie nicht regelmäßig stattfinden müsse. Weiter regte er an, eine Kooperation zwischen Feuerwehr und Ordnungsamt zu prüfen, bei der gemeinsam enge Straßen befahren würden, um die Sicherheit zu steigern und Ärger zu vermeiden.

Rm Schneider/CDU lehnte den Antrag ab, da aus Sicht der CDU-Fraktion für die Umsetzung zusätzliches Personal benötigt werde. Es sei der falsche Ansatz, Mitarbeitenden, die tagsüber bereits überlastet seien, auch noch Schichten am Abend aufzuerlegen. Mit neun Mitarbeitenden sei die Größe des Ordnungsamtes angesichts der Anforderungen bereits jetzt schon zu gering. Auch Rm Gramming/FDP lehnte den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung ab, da die geforderten Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht umsetzbar seien.

Beigeordnete Wolke-Ertel erklärte, dass es viele Ideen und Maßnahmen gebe. Sie und der Leiter des Ordnungsamtes hätten bereits Schritte im Bereich des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) und der Verkehrsüberwachung unternommen. Sie wies darauf hin, dass es Synergieeffekte zwischen verschiedenen Bereichen gebe, jedoch auch unterschiedliche Aufgaben und Befugnisse bestünden. Ein Konzept werde gerne gemeinsam mit der Feuerwehr erstellt. Beigeordnete Wolke-Ertel bedankte sich für die Anregungen, äußerte jedoch gleichzeitig den Wunsch, dass der Stellenplan nicht weiter aufgebläht werde.

Antragstext:

Kontrollen des ruhenden Verkehrs am Wochenende und abends.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der SPD und 3 Ja-Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen.

6.10 Antrag Nr. 2025_41 - FDP - Eruiierung von Kreisaufgaben

WP 20-25 SV
12/056

Rm Gramminger/FDP begründete den Antrag damit, dass man in Zeiten, in denen es der Stadt gut gehe, zusätzlichen Service anbieten könne. Da dies jedoch nicht mehr der Fall sei, müsse die Situation neu bewertet werden. Der Antrag ziele daher darauf ab, alle Kreisaufgaben aufzulisten, die von der Stadtverwaltung übernommen würden.

Rm Groß/CDU erkundigte sich, ob es zutreffe, dass die Stadt Hilden Aufgaben für den Kreis übernehme, die dennoch zusätzlich durch die Kreisumlage vom Kreis abgerechnet würden.

Beigeordnete Wolke-Ertel erklärte, dass jede Aufgabe einzeln betrachtet werden müsse. Sie führte aus, dass, wenn es im Kreis parallele Strukturen und einen Personalkörper für bestimmte Aufgaben gebe, diese selbstverständlich auch durch die Kreisumlage mitfinanziert würden. Sie sicherte zu, dass die Verwaltung eine Liste der Kreisaufgaben, die von der Stadt erledigt werden, erstellen werde.

Aufgrund dieser Zusage zur Erstellung der Liste zog Rm Gramminger/FDP den Antrag der FDP zurück.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Aufgaben, die ursprünglich dem Kreis obliegen und derzeit von der Hildener Verwaltung bedient werden, zu eruiieren und in die Verantwortung des Kreises zurückzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

6.11 Antrag Nr. 2025_42 - FDP - Gewerbeflächen

WP 20-25 SV
80/032

Rm Gramminger/FDP zog den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zurück. Er bat jedoch darum, dass die zugesagten Unterlagen über den aktuellen Stand der Brach- und Potenzialflächenanalyse frühzeitig vor der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am 10.04.2025 zugestellt werden.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Potentialflächenanalyse durchzuführen, um geeignete Standorte für die Ansiedlung neuer Gewerbetreibender im Hildener Stadtgebiet auszumachen. Dabei sind auch bereits versiegelte und ggf. zu reaktivierende Flächen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

Rm Gramminger/FDP erklärte, dass die Haushaltskonsolidierung unangenehme Entscheidungen erfordere. Er betonte, dass eine Einsparung bei dem Ortbus „O3“ weniger gravierend sei als die Schließung des Schwimmbads. Zudem äußerte er Zweifel an den Belastungszahlen der Rheinbahn.

Rm K. Buchner/SPD wies darauf hin, dass viele Bürger auf die O3-Linie angewiesen seien und die SPD den Antrag daher ablehne.

Auch Rm Reffgen/BA betonte, dass der ÖPNV-Ausbau eine tragende Säule der Verkehrswende sei und die Streichung ein falscher Ansatz sei.

Rm Kehmeier/Bündnis 90/ Die Grünen wies auf die Bedeutung des ÖPNV für die soziale Teilhabe hin und betonte die Notwendigkeit des Erhalts.

Rm Schneider/CDU wies auf die Nutzungszahlen, die in der letzten Sitzung der Verkehrsgesellschaft Hilden genannt wurden hin. Der Ortbus werde gut frequentiert und daher lehne die CDU den Antrag ab.

Da sich nach der Diskussion keine Mehrheit für den Antrag abzeichnete, zog Rm Gramminger/FDP den Antrag zurück.

Antragstext:

Der Betrieb der Ortsbuslinie O3 wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis:
Antrag zurückgezogen.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich nach der Systematik, wie der Tarifvollzug statfinde.

Beigeordnete Wolke-Ertel erklärte, dass es in Hilden eine Bewertungskommission gebe, die Stellenbewertungen immer dann vornehme, wenn eine Stelle frei werde, sich Aufgaben veränderten oder es Hinweise aus dem Fachbereich gebe. Es würden anlassbezogene Prüfungen durchgeführt. Die Arbeit der Kommission sei sehr transparent, betonte sie.

Zudem wies Beigeordnete Wolke-Ertel darauf hin, dass noch 1,5 zusätzliche Stellen für eine neue OGS-Gruppe an der Schulstraße in den Stellenplan aufgenommen werden müssten, die in der vorliegenden Liste noch nicht enthalten seien.

Rm Gramminger/FDP zeigte sich zufrieden mit dem Stellenplan, der nur eine Steigerung von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr enthalte.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligung:

1. Die Gesamtheit aller Stellen (quantitativ) und die Anhebung der Stellen (qualitativer Teil Beamte) werden in der vorgelegten Form als Globalbeschluss beschlossen.
2. Die Tarifvollzüge und Stellenumwandlungen/-verlagerungen werden in der vorgelegten Form zur Kenntnis genommen.
3. Der Stellenplan 2024 wird durch die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Änderungen ergänzt und damit als Stellenplan 2025 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 1 Nein-Stimme der AfD und 1 Enthaltung der BA.

6.14 Beratung des Entwurfs des Haushalts 2025: Änderung von Ansätzen der Verwaltung - Hauptausschuss

WP 20-25 SV
20/213

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu beschließen, die in der Anlage beigefügten Änderungen in den Haushalt 2025 aufzunehmen und dem Rat zum Satzungsbeschluss für den Haushalt 2025 vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung der BA.

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Antrag CDU: Streichung kw-Vermerke Stellen Digitalisierung

Rm Groß/CDU las folgenden Antrag vor:

„Die Fraktion der CDU Hilden beantragt die Streichung der kw-Vermerke der beiden Stellen der Sachbearbeitung Digitalisierung (Digitalisierungspaten).“

Begründung

Sinn dieser kw-Vermerke ist der Wegfall der Stellen, sobald die Aufgabe erledigt ist. Nicht nur nach unserer Wahrnehmung kann weder kurz- noch mittelfristig von einer Erledigung ausgegangen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Es kommen permanent neue Aufgaben hinzu, was den Bedarf an Digitalisierung deutlich unterstreicht.

Würde nun jedoch eine der Stellen vakant werden, so müsste man gegen die Umsetzung des kw-Vermerks argumentieren. Das Risiko besteht um so mehr, als bei anderen Arbeitgebern gerade in diesem Umfeld Stellen ohne kw-Vermerk angeboten werden. Der Wegfall wäre insofern eine Maßnahme Wechseltendenzen zu entkräften und im Vakanzfall auch eine schnelle

Neubesetzung zu ermöglichen um Projektverzögerungen zu minimieren. Kosten entstünden durch den Wegfall nicht.“

8.2 Antrag CDU: Zwei zusätzliche Stellen KOD

Rm Schneider/CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Hilden beantragt, die Einrichtung von zwei weiteren Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) der Stadt Hilden. Wir halten diesen Schritt für dringend notwendig, um das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung nachhaltig zu stärken und den gestiegenen Anforderungen an die Präsenz und Einsatzfähigkeit des KOD gerecht zu werden.

Begründung:

Wunsch nach mehr Präsenz des Ordnungsdienstes:

Auf verschiedenen Veranstaltungen und in Bürgergesprächen wurde wiederholt der Wunsch nach einem präsenteren und sichtbaren Ordnungsdienst thematisiert. Viele Bürgerinnen und Bürger äußern das Bedürfnis nach einer verstärkten Kontrolle und Präsenz in öffentlichen Bereichen, insbesondere bei Veranstaltungen und in zentralen städtischen Räumen.

Stärkung des Sicherheitsgefühls:

Ein gut aufgestellter und präsenter Ordnungsdienst ist ein wesentlicher Faktor, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Gerade in Zeiten zunehmender Herausforderungen im öffentlichen Raum ist es wichtig, das Vertrauen in die städtischen Ordnungsstrukturen zu stärken.

Unterstützung für bestehendes Personal:

Die aktuellen Einsatzkräfte des KOD leisten bereits hervorragende Arbeit, stoßen jedoch zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Mit der Einrichtung von zwei zusätzlichen Stellen soll das bestehende Personal entlastet und die Handlungsfähigkeit des KOD nachhaltig erhöht werden.“

8.3 Anfrage BA Fraktion: Fahrbahnschwelle auf der Forststraße

Rm Reffgen/BA verlas folgende Anfrage:

„Die Bürgeraktion bittet um Beantwortung der Frage,

warum auf der Forststraße die der Geschwindigkeitsdrosslung dienende Fahrbahnschwelle in Höhe der Flüchtlingsunterkunft Haus-Nr. 23 beseitigt wurde?

Begründung

Die Forststraße ist eine schnurgerade verlaufende Straße, auf der zum Teil erheblich schneller als 50 km/h gefahren wird. Die fahrbahnquerende Bodenwelle vor dem Gebäudekomplex der Flüchtlingsunterkunft, in der u. a. viele Kinder untergebracht sind, zwang die Verkehrsteilnehmer zu einer angepassten Fahrweise auf dem sensiblen Straßenabschnitt. Im Hinblick auf die aktuell vielfach im Rathaus favorisierte Geschwindigkeitsreduzierung auf Hildener Straßen erscheint die Rücknahme einer tempodrosselnden Maßnahme nicht logisch.“

Ende der Sitzung: 20:11 Uhr

Dr. Claus Pommer / 15.01.2025
Vorsitzender

Christina Schroeder / 09.01.2025
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / 09.01.2025
Amtsleiter Bürgermeisterbüro